

163/A XXI.GP

## **ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG**

der Abgeordneten Mag. Posch, Schieder und Genossen

betreffend Wiederaufbauhilfe in den türkischen Bürgerkriegsgebieten

Der Bürgerkrieg zwischen Kurden und Türken hat weit über 30.000 Tote gefordert. Circa 4.000 kurdische Dörfer und Städte wurden zerstört, über drei Millionen Kurden mußten aus ihrem Siedlungsgebiet fliehen.

Seit einiger Zeit scheint es, als entspanne sich das Verhältnis zwischen Kurden und Türken langsam, wenngleich es immer wieder zu Gewalttätigkeiten kommt. Der Weg zu dauerhaftem Frieden und Versöhnung ist somit noch weit. Ein Beitritt der Türkei zur EU und Stabilität in dieser Region werden allerdings nur möglich sein, wenn die Kurdenfrage zur Zufriedenheit beider Seiten gelöst werden kann.

Um dieses Ziel erreichen zu können, ist es vonnöten, die vom Bürgerkrieg am stärksten betroffenen Gebiete wirtschaftlich zu unterstützen. Damit die Vertriebenen wieder dauerhaft in ihrem angestammten Siedlungsgebiet ansässig werden können, ist der Wiederaufbau der zerstörten Siedlungen und Städte ein vorrangiges Ziel.

Österreich hat derzeit den Vorsitz in der OSZE inne. Aus dieser Position heraus wäre ein Signal zur Konfliktbereinigung in der Türkei besonders wichtig.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

## **ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG**

Der Nationalrat wolle beschließen:

- „Die Bundesministerin für äußere Angelegenheiten wird ersucht,
1. Wiederaufbauprojekte in den vom Bürgerkrieg betroffenen Siedlungen und Städten finanziell zu unterstützen,
  2. bei solchen Projekten logistische und organisatorische Hilfestellung zu leisten,
  3. im Rahmen von internationalen Organisationen, insbesondere der OSZE, das Thema Wiederaufbau in den türkischen Bürgerkriegsgebieten anzusprechen und voranzutreiben,
  4. die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen, die sich dem Wiederaufbau des türkischen Bürgerkriegsgebiet und der Versöhnung zwischen Kurden und Türken verschrieben haben, zu suchen und deren Tätigkeit zu unterstützen,

5. der türkischen Regierung die Wichtigkeit einer Lösung der Kurdenfrage deutlich vor Augen zu führen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Menschenrechte beantragt.